

Denkwürdigkeiten



Journal der
Politisch-
Militärischen
Gesellschaft

Nr. 36
April
2007

Herausgegeben vom Vorstand
der Politisch-Militärischen Gesell-
schaft e.V. (pmg) in Berlin

ISSN 1436-3070

LEADOFF

Liebe Mitglieder,

Erfahrungen aus der Praxis standen am Anfang der preußischen Reformen vor 200 Jahren. Erfahrungen aus der Praxis stellen auch die Verfasser der Beiträge dieser Ausgabe der **Denkwürdigkeiten** in das Zentrum ihrer Überlegungen zu *Sicherheit und Wirtschaft*, zur *militärischen Handlungsfähigkeit westlicher Demokratien* wie auch im Kampf gegen weltweiten *Terrorismus*.

Den preußischen Reformern dienten Erfahrungen aus der Praxis zunächst zur Korrektur, zur Optimierung des bestehenden Systems. Erst im weiteren Verlauf ihres Reformwerks entdeckten sie, dass dies nicht ausreicht. Mehr als nur Reform war erforderlich. Zur Herausforderung wurde, "Altes mit Neuem zu verbinden", um daraus etwas Zukunftsfähiges zu gestalten. Dieser Ansatz verbindet sich heute mit dem Begriff "Transformation". Die Beiträge und Diskussionen bei der pmg-Veranstaltung zu *Sicherheit und Wirtschaft* haben die Relevanz dieses Ansatzes nachhaltig unterstrichen.

Ralph Thiele, Vorstandsvorsitzender

In dieser Ausgabe

1 Sicherheit und Wirtschaft

von *atlanticus*

3 Amerika auf dem Weg zu einer he- roischen Nation?

von Major Johann Schmid

7 Tourismus und Terrorismus

von Dr. Peter Roell

THEMEN

Sicherheit und Wirtschaft

Einige Gedanken zum Verhältnis von
Vermögen und Macht

Der Sicherheitsbegriff bürgerlichen Denkens reflektiert eine Präferenz für die Defensive, für das Abwarten, das Abwehren und das Reagieren. Ersetzen wir jedoch zu Beginn unseres Gedankengangs den Begriff der Sicherheit durch den der Macht, dann öffnen sich Perspektiven jenseits der Besitzstandswahrung.

Die Etymologie des Wortes Macht kommt nicht von "machen", sondern sie geht zurück auf das alte indoeuropäische Wort *magda*, das wir am besten mit Vermögen übersetzen. Macht ist nicht das, was man gerade konkret macht, sondern das, was man abstrakt, unabhängig von aktuellen Herausforderungen und den Aufgaben des Tages vermag.

In der Vergangenheit wurde in Deutschland der Begriff des Vermögens der privaten Sphäre zugeordnet. So sprechen wir ganz selbstverständlich von Familien- oder Betriebsvermögen; wenn wir vom Staatsvermögen sprechen, dann denken wir nicht an machtpolitische Handlungsoptionen, sondern an rein fiskalisches Staatshandeln.

Für die Sphäre politischen Handelns ist der Begriff der Macht reserviert, ohne unmittelbaren Bezug zu wirtschaftlichem Vermögen. Ein klassisches Werk deutscher Historiographie, das ökonomische Aspekte politischen Handelns nahezu vollständig ausblendet, trägt nicht ohne Grund den Titel "Machtstaat und Utopie".

Die strenge begriffliche Trennung von Vermögen und Macht – und damit von Wirtschaft und Sicherheit – reflektiert eine Eigentümlichkeit kontinentaleuropäischen, vor allem deutschen Denkens. Sombarts Unterscheidung von "Händlern und Helden", die dieser Denktradition ideologisch Rechnung trug, erwies sich während des 1. Weltkriegs für das Deutsche Reich als irreführendes, fatales Schlagwort. Die britische Handelsnation blockierte nicht nur

die deutsche Wirtschaft, sondern gleichzeitig erwiesen sich britische Regimenter an der Somme und in Flandern als die härtesten Gegner des deutschen Heeres.

So war es bezeichnenderweise ein vermöglicher Außenseiter, Walther Rathenau, der innerhalb der Reichselite den Zusammenhang von Wirtschaft und Macht am schärfsten erfasste. Als einer der reichsten Wirtschaftskapitäne Europas organisierte der Inhaber der AEG die deutsche Kriegswirtschaft und arbeitete nach der Niederlage von 1918 als Außenminister behutsam, aber konsequent für den Wiederaufstieg der deutschen Republik. Seine Ermordung durch rechtsradikale Terroristen belegt jene furchtbare geistige Verwirrung, die den historischen Beitrag des Industriellen und Intellektuellen Walther Rathenau für die Sicherheit Deutschlands völlig verkannte.

Berücksichtigen wir deshalb bei unseren weiteren Überlegungen vor allem auch die Erfahrungen und die Praxis unserer atlantischen Nachbarn und Partner, vor allem die der Briten und Nordamerikaner, nicht zuletzt aber auch die der Holländer. Seit Hugo Grotius bilden Seekrieg und Beuterecht eine wesentliche Grundlage des Kriegsvölkerrechts. Blockaden und gezielte Sanktionen sind besonders in den Händen erfahrener See- und Handelsnationen scharf schneidende Instrumente der Politik.

Denken wir in diesem Zusammenhang vor allem an die von den USA und Großbritannien initiierte Sanktionspolitik gegenüber dem Irak Saddam Husseins oder an die immer stärker angezogene Sanktionsschraube gegenüber dem Iran. Diese aktuellen Beispiele lehren uns, die wirtschaftlichen Wirkungen und strategischen Konsequenzen einer Verbindung von Wirtschafts- und Sicherheitspolitik angemessen zu erfassen.

Es ist sicherlich kein Zufall, dass gerade ein amerikanischer Autor mit engen Verbindungen nach England in einem *opus magnum* unlängst ein Modell für das Zusammenwirken von Staat und

Wirtschaft in der Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts entworfen hat. *"The Shield of Achilles"* lautet der Titel des Werkes von Philip Bobbitt, das im Jahre 2003 in New York erschien.¹ Als Professor an erstklassigen amerikanischen und britischen Universitäten, als ehemaliger Völkerrechtsberater und *Chief of Intelligence* verschiedener US-Administrationen personifiziert Bobbitt als Nefewe des früheren Präsidenten Lyndon B. Johnson das Establishment der US-amerikanischen Weltmacht.

Bobbitts Werk verdient auch unsere Aufmerksamkeit, prognostiziert er doch für das 21. Jahrhundert einen Staat, der gerade in der Sicherheitspolitik, dem Kernbereich staatlicher Tätigkeit, durch den vorrangigen Rekurs auf Instrumente und Institutionen des Marktes und der Privatwirtschaft neue Wege gehen wird und gehen muss. Die theoretischen Überlegungen Bobbitts darzulegen würde den Rahmen dieser Skizze sprengen. Doch sollen einige aktuelle Beispiele seine Überlegungen zur Instrumentalisierung wirtschaftlicher Macht im sicherheitspolitischen Staatsinteresse verdeutlichen.

Besonders eindrucksvoll ist etwa der rasche Wiederaufstieg Russlands mit Hilfe staatlich kontrollierter, aber privatwirtschaftlich agierender Energiekonzerne. Schon heute unterlaufen die Pipelines von Gasprom als Instrumente russischer Machtpolitik amerikanische Versuche, mit Radarstationen und Raketenstellungen eine *barrière à l'est* zu errichten. Auch das rasche Vordringen der Volksrepublik China in Afrika ist ohne die Aktivitäten des staatlich kontrollierten chinesischen Ölkonzerns, vor allem in Angola und im Sudan, nicht denkbar. Die enge Kooperation zwischen Hollywood und Pentagon, die Macht der Bilder, die das Vorstellungsvermögen von Menschenmassen prägen, ist nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine sicherheitspolitisch relevante Realität von größter Bedeutung.

Vor diesem Erfahrungshintergrund erweist sich das Nachdenken über und die Verbindung von Sicherheit und Wirtschaft als zentrale Aufgabe deutscher Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert. Ausgangspunkte bleiben dabei der Verfassungsauftrag und die Interessenlage unserer Republik und nicht, dies sei zur Klarstellung vermerkt, die ideologischen Vorgaben eines bedingungslosen Neoliberalismus.

Aufgabenbezogene Pragmatik in Denken und Handeln verlangt im Spannungsfeld staatlicher Sicherheitspolitik und privater Wirtschaft vorrangig jene Instrumente privatwirtschaftlichen Vermögens zu identifizieren, die für die Sicherheit unseres Landes unverzichtbar sind und die in und mit Europa in atlantischer und eurasischer Kooperation zweckmäßig und kostengünstig für die Sicherheit Deutschlands nutzbar gemacht werden können. Es geht dabei um die Bewältigung operativer Aufgaben wie etwa die Bereitstellung strategischer Lufttransportkapazitäten. Es geht aber auch um langfristig wirkende Fragen staatlicher Daseinsvorsorge. Dazu gehört sicherlich die Luft- und Raumfahrtindustrie, vor allem aber die Energieversorgung unseres Landes.

Wird es der deutschen Politik gelingen, Vermögen und Macht, Sicherheit und Wirtschaft konzeptionell und organisatorisch wirkungsvoll zusammenzuführen? Kann sie der europäischen und internationalen Dimension der Aufgabe gerecht werden? Die Beantwortung dieser Fragen bleibt offen. Zuversichtlich stimmen zumindest erste Überlegungen innerhalb einer wichtigen Regierungsfraktion, diesem Fragenkomplex in Zukunft verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen. Sollten ihre Überlegungen fortgeführt werden, so kann mit dem Blick auf die historische Erfahrung zumindest festgestellt werden: In der Tradition Walther Rathenaus fände ein im Kanzleramt anzusiedelnder Sicherheitskoordinator der Bundesregierung zwischen Politik und Wirtschaft ein reiches Betätigungsfeld.

¹ Siehe *Denkwürdigkeiten* Nr. 16, März 2004

THEMEN

Amerika auf dem Weg zu einer heroischen Nation?

Präsident Bush und die "neue Irakstrategie"

Zur militärischen Handlungsfähigkeit westlicher Demokratien im aktuellen Kriegs- und Konfliktbild

Eine neue Strategie?

Die Rede des amerikanischen Präsidenten vom 10. Januar 2007 an die Nation stand unter der Erwartungshaltung der Formulierung einer neuen Strategie zur Bewältigung der "unakzeptablen", von "sektiererischer Gewalt" beherrschten Lage im Irak.

In der Tat zeigte der Präsident ein ungeschminktes Bild der derzeitigen Situation im Irak auf. Er sprach von einer Gewaltspirale, die insbesondere in Bagdad jeglichen politischen Fortschritt der Iraker überwältigt habe, lobte den Mut und die Opferbereitschaft der amerikanischen Soldaten und übernahm selbst die Verantwortung für begangene Fehler. Es sei klar, so seine Feststellung, "dass wir unsere Strategie im Irak ändern müssen".

Aber warum eigentlich? Hat sich die "amerikanische Strategie" im Irak nicht bestens bewährt? Immerhin wurde der angestrebte "Regimewechsel" im Handumdrehen bewerkstelligt. Aufmarsch, Luftoffensive und Invasion verliefen nahezu mustergültig. Der geostrategischen Positionierung der USA in dieser ressourcenreichen Schlüsselregion konnte und kann keine Macht der Welt etwas entgegensetzen. Selbst in der durch Bürgerkrieg und Terrorismus geprägten "Post-mission-accomplished-Phase" stellten die USA unter Beweis, dass sie in der Lage sind, Krieg mit erheblichen eigenen Verlusten zu führen und längere Zeit durchzuhalten.

Warum also will der amerikanische Präsident seine bisher so "erfolgreiche Strategie" im Irak ändern? Was ändert er konkret und wie gestaltet sich seine neue Strategie?

Hier stellt sich zunächst die Frage, was ist eigentlich eine Strategie? Der preußische Kriegsphilosoph Carl von Clausewitz definiert Strategie als den Gebrauch der Gefechte zum Zweck des Krieges. Will man dieser Definition folgen, so ist zunächst die Frage zu beantworten, was der Zweck des Krieges im Irak aus amerikanischer Sicht eigentlich ist. Dass dieser Zweck ein politischer sein sollte ergibt sich nicht nur aus der Clausewitz'schen Definition des Krieges als einer Fortsetzung des politischen Verkehrs unter Einmischung anderer Mittel, sondern schon allein aus dem Primat des Politischen im Allgemeinen. Was also ist die politische Zwecksetzung der amerikanischen Kriegführung im Irak?

Politische Zwecksetzung

Wie bei den meisten Kriegen sind die Antwortmöglichkeiten hierbei äußerst vielfältig. Deklaratorische Zwecksetzungen vermischen sich mit tatsächlichen, pragmatische mit idealistischen und direkte mit nicht genannten indirekten. Politische Teilakteure des inneren Bezugssystems der USA verfolgen möglicherweise ihre eigene Agenda, die von den übergeordneten Gesamtinteressen der Nation abweichen können. Als denkbare politische Zwecksetzungen, deren Zusammensetzung und Gewichtung im Verlauf des Krieges einem starken Wandel unterlag, sind u.a. zu nennen:

- Verhinderung der Herstellung und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen,
- Verbreitung von Freiheit und Demokratie, sowie State-Building in der islamischen Welt,
- Entmachtung eines diktatorischen und gewalttätigen Herrscherclans, einschließlich Regimewechsel,
- Einsetzung eines proamerikanischen Regimes,
- Durchsetzung von VN-Resolutionen,
- Bestrafung eines Diktators wegen unbotmäßigem Verhalten gegenüber der internationalen Ordnung und den USA als Weltordnungsmacht,

- Stärkedemonstration der USA als Imperium und Weltordnungsmacht mit abschreckender Wirkung,
- Geostrategische Positionierung in einer strategischen Schlüsselregion,
- Stabilisierung dieser geostrategisch entscheidenden Konfliktregion,
- Direkte/indirekte Kontrolle von Ressourcen,
- Politisch/militärische Flankierung eigener Wirtschaftsinteressen,
- Förderung der Geschäftsmöglichkeiten des militärisch-industriellen Komplexes,
- Stabilisierung des Irak, Beendigung von Bürgerkrieg, separatistischer Gewalt und Terror,
- Humanitäre Hilfe für das irakische Volk,
- Beitrag im sogenannten "Krieg gegen den Terrorismus".

Bei näherer Betrachtung dieser möglichen Zwecksetzungen wird deutlich, dass ein Teil derselben, insbesondere der mit dem Sturz Saddams einhergehende Regimewechsel, tatsächlich bereits in der ersten Phase der Intervention realisiert wurde. Ein anderer Teil, insbesondere das Aufspüren von Massenvernichtungswaffen, kann als überwiegend deklaratorisch und kriegsrechtfertigend betrachtet werden und ist daher hinsichtlich seiner Realisierung nicht weiter zu berücksichtigen. Hervorzuheben ist, dass der augenblicklich größte Teil der Problemstellung, insbesondere die durch Chaos, Gewalt und Terrorismus geprägte Bürgerkriegssituation im Irak, aber auch die geostrategische Stärkung der Regionalmacht Iran und die Förderung des internationalen islamistischen Terrorismus, erst durch die US-Intervention verursacht oder doch wesentlich durch diese begünstigt wurde.

Durch den Krieg wurden somit Probleme und Herausforderungen geschaffen, die vorher in dieser Form und in diesem Ausmaß nicht bestanden und deren Bewältigung sich heute als weit schwieriger erweist, als das ursprünglich überschaubare Ziel ei-

nes Regimewechsels. In der gegenwärtigen Situation muss die Realisierung eines erheblichen Teils der verbleibenden oder neu hinzugekommenen Zwecksetzungen des Krieges, insbesondere was Befriedung, Demokratisierung und ein nachhaltiges State- und Institutionbuilding im Irak angeht, als wenig hoffnungsvoll betrachtet werden.

Aber wie konnte es zu einer solchen Situation kommen? Wie war es möglich, dass eine Reihe der politischen Zwecksetzungen des Krieges im Handumdrehen bewältigt wurden, damit aber gleichzeitig immer größere neue Probleme, bis hin zum teilweisen Legitimitätsverlust als Weltordnungsmacht, geschaffen wurden? Ist das etwa die "Mutter aller Schlachten" mit der Saddam einst gedroht hatte? Die Situation der USA im Irak gleicht heute der eines Bergsteigers, der, von der Höhe und Schwierigkeit seines Gipfelzieles überrascht, schon so weit aufgestiegen ist, dass ein Zurück kaum mehr möglich ist, aber auch ein Erreichen des Gipfels als fast aussichtslos erscheint und das alles trotz hervorragender Kletterleistung. Hatte man etwa doch die falsche Strategie gewählt?

Notwendigkeit einer politischen Gesamtkonzeption

Nein, die Frage in Bezug auf den Irak muss anders lauten: Was nützt die beste Strategie bei einer falschen, vielleicht erstrebenswerten aber unrealistischen, politischen Zwecksetzung? War es für die USA etwa realistisch zu erwarten, in einem arabischen Land als Befreier bejubelt zu werden? War es realistisch anzunehmen, dass Demokratisierung und Statebuilding nach westlichem Vorbild die arabische Welt begeistern könnte? War es realistisch anzunehmen, dass der internationale Jihadismus die Gelegenheit nicht nützen würde, im Irak eine neue Front gegen den Westen zu eröffnen? War es realistisch anzunehmen, dass es in einem ethnisch und konfessionell gespaltenen Land keinen Bürgerkrieg geben würde, sobald man durch die Beseitigung des Regimes ein Machtvakuum schaffen würde?

Nein, was im Irak benötigt wird ist nicht eine neue Strategie. Was hier benötigt wird ist eine stimmige, von Realismus, nicht von Wunschdenken oder partiellen Wirtschaftsinteressen, geprägte politische Konzeption, die ihrerseits in der Lage ist, realistische, politische Zwecksetzungen zu formulieren. Diese dürfen das eigene Instrumentarium in der Umsetzung nicht überfordern, da eine sinnhafte Strategie ansonsten nicht möglich ist. Der Wahlspruch des römischen Kaisers Marc Aurel, der mehr Kriege geführt hat als jeder römische Kaiser oder amerikanische Präsident, könnte hierzu als Leitsatz dienen: "*Was immer du tust, du mögest es klug tun und das Ende bedenken*". Aber kommt diese Erkenntnis nicht reichlich spät? Welche Antworten bietet der amerikanische Präsident in seiner Rede?

Kampf und Opferbereitschaft als Ausweg?

Gefordert wäre, wie festgestellt, eine stimmige politische Gesamtkonzeption. Angeboten wird deklaratorisch ein "neues strategisches Konzept". De facto geht es aber weder um das eine noch um das andere. Abgesehen von einer bescheidenen Truppenverstärkung geht es noch nicht einmal um Maßnahmen auf der taktisch / operativen Ebene. Worauf es anzukommen scheint ist etwas ganz anderes: Es ist das reine Kämpfen! Das Kämpfen, Leiden und Sterben an und für sich!

So gleicht die Rede des Präsidenten eher der eines römischen Feldherrn an seine Legionen vor der Schlacht als der eines politischen oder strategischen Konzeptionärs. Sie schildert den Feind als bedrohlich und gefährlich und versucht damit Legitimität und Opferbereitschaft für den Krieg an sich zu erzeugen. Im Falle eines Scheiterns werden die fundamentalen Wertegrundlagen der USA, Freiheit und Demokratie, wie auch die Sicherheit Amerikas als existenziell gefährdet betrachtet. Es ist die Rede von der "entscheidenden ideologischen Auseinandersetzung unserer Tage", in welcher sich erst der "Charakter einer Nation" zeige. Damit werden die amerikanischen

Streitkräfte, aber auch die Bevölkerung und die Medien auf harte, langandauernde Kämpfe und weitere eigene Verluste eingeschwo-ren. Es ist eine "Blut-, Schweiß- und Tränenrede", ohne jeglichen strategischen Gedanken. Ihre zentrale Botschaft lautet: Weiter so wie bisher, notfalls noch härter und mit noch mehr Verlusten und Opfern.

In diesem Sinne ist die Rede beinahe genial. Sie argumentiert nicht, sondern weckt Gefühle und Instinkte. Sie setzt auf Angst, den Wunsch nach Sicherheit und baut auf den Appell an die amerikanischen Grundüberzeugungen. Sie spornt zu eigener Opferbereitschaft an und schafft eine "deklaratorische Legitimation" für das eigene Handeln. Damit stellt der amerikanische Präsident unter Beweis, dass er das zentrale Dilemma hinsichtlich der militärischen Handlungsfähigkeit einer Demokratie im aktuellen Kriegs- und Konfliktbild klar erkannt hat und bereit ist die Konsequenzen zu ziehen.

Doppeltes Opfer- und Legitimitätsdilemma

Die militärische Handlungsfähigkeit von Demokratien ist im aktuellen Kriegs- und Konfliktbild durch ein doppeltes Handlungs-dilemma gekennzeichnet. Dieses resultiert insbesondere aus dem Zusammentreffen und der Interaktion von vier Faktoren:

Erstens: Einer "postheroischen" Grundorientierung westlicher, demokratischer Gesellschaften mit starker Prägung durch Diesseitsorientierung, Materialismus, wertemäßiger Beliebigkeit und daraus resultierend einer nur geringen Bereitschaft, für die Gemeinschaft einzustehen oder gar persönliche Opfer zu bringen.

Zweitens: Einer nicht vorhandenen – oder wahrgenommenen – Bedrohung eigener existenzieller Interessen im Kontext aktueller Militärinterventionen. Deren übergeordnete politische Zwecksetzung resultiert häufig aus einem Konglomerat idealistischer Überlegungen wie Demokratisierung oder humanitärer Hilfeleistung, aus ordnungs- oder bündnispolitischen Interessen oder auch aus

partiellen ökonomischen Motiven. Sie ist nicht selten mediengetrieben oder durch innenpolitische und wahltaktische Überlegungen bestimmt. Bei punktuell betroffenen nationalen Interessen im staatsmännischen Sinne handelt es sich zumeist nicht um vitale Gesichtspunkte, welche die Nation in ihrer Existenz gefährden könnten.

Drittens: Die Militäreinsätze westlicher Demokratien verfolgen i.d.R. konstruktive, hoch komplexe politische Zielsetzungen, wie die Befriedung und Stabilisierung von Konfliktregionen, Demokratisierung, "State Building", Sicherheitssektorreform, etc.. Diese erfordern eine lange Präsenz und damit Exposition, insbesondere von Bodentruppen vor Ort. Sie sind nur äußerst schwer zu realisieren, jedoch mit geringem Aufwand zu torpedieren.

Viertens: Zum Dilemma gerät die Situation, sobald es zu einer Konfrontation mit "heroischen" Akteuren kommt, die aus ihrer Sicht vitale Interessen verfolgen. Diese können ökonomisch, kulturell, machtpolitisch, ideologisch oder auch religiös bestimmt sein. Die daraus resultierende Bereitschaft zur destruktiven Gewaltanwendung, wie sie gegenwärtig u.a. im Irak zu beobachten ist, führt zu einer Situation, in der westliche Demokratien ihre komplexen konstruktiven Zielsetzungen nicht mehr, oder nur noch unter Inkaufnahme entsprechender eigener Opfer ("Opferdilemma") und entsprechender "Kollateralschäden" unter der zu schützenden Zivilbevölkerung ("Legitimitätsdilemma") weiterverfolgen können.

Das kombinierte "Opfer- und Legitimitätsdilemma" wird damit zum neuralgischen Punkt der militärischen Handlungsfähigkeit westlicher Demokratien in der aktuellen, durch ein hohes Maß an Asymmetrie geprägten Kriegs- und Konfliktwirklichkeit. Die Fähigkeit zur gewaltsamen, konfrontativen Interessendurchsetzung und die Aufrechterhaltung eigener Handlungsfähigkeit, auch bei Eskalation und steigenden eigenen Opferzahlen, wird zur grundlegenden Herausforderung. Hierauf Antworten zu finden ist eine der

entscheidenden sicherheitspolitischen Erfordernisse unserer Tage.

Der amerikanische Präsident hat es in dieser Hinsicht leichter als andere demokratisch legitimierte politische Führer. Der Patriotismus, das Sendungsbewusstsein wie auch das Selbstverständnis der USA als Weltführungsmacht generieren grundsätzlich ein höheres Maß an Opferbereitschaft und legitimieren den Einsatz von Gewalt in weit stärkerem Maße als dies in anderen westlichen Demokratien der Fall ist. Das durch die Ereignisse von 09/11 erzeugte Gefühl eigener Verwundbarkeit verstärkt diese Tendenz zusätzlich. Trotzdem liegen auch für Amerika genau hier die Grenzen der eigenen militärischen Handlungsfähigkeit.

Die Rede des amerikanischen Präsidenten verdeutlicht, dass er sich dieser Herausforderung bewusst ist und sie aktiv angeht. Die bisherige Kriegführung im Irak zeigt darüber hinaus, dass Amerika einen Weg gefunden hat, als Demokratie Krieg mit erheblichen eigenen Verlusten führen und über einen längeren Zeitraum durchhalten zu können. Dass die amerikanischen Streitkräfte, insbesondere Heer und Marine Corps, dabei nahe an ihrer Belastungsgrenze agieren, steht außer Frage. Der Kulminationspunkt hinsichtlich Opferbereitschaft, Durchhaltefähigkeit und öffentlicher Unterstützung scheint jedoch derzeit noch nicht ganz erreicht worden zu sein.

Primat des Politischen

Aber was ist damit hinsichtlich der Situation im Irak gewonnen? Für die US-Administration eine ganze Menge. Sie benötigt die Kampf- und Opferbereitschaft der amerikanischen Streitkräfte, um im Irak solange durchzuhalten, dass sie diesen "Schwarzen Peter" in zwei Jahren einem Nachfolger oder im Notfall einer irakischen "Marionettenregierung" übergeben kann, ohne vorher selbst eine eigene Niederlage oder ein eigenes Scheitern eingestehen zu müssen. In dieser Logik ist die "Motivationsrede" des Präsidenten und

die angekündigte Truppenverstärkung nur konsequent.

Aber ist dies eine angemessene Antwort für eine nicht vorhandene oder fehlerhafte politische Konzeption? Strategietheoretisch erinnert die Situation sehr stark an Ludendorff 1918. In Umkehrung der Clausewitz'schen Überlegung vom Krieg als einer Fortsetzung der Politik unter Einmischung anderer Mittel, wird die Politik in den Dienst der Kriegführung gestellt. Politik wird mit der Kriegführung nicht etwa unter dem Primat des Politischen sondern unter der Dominanz des "kriegerischen" Gedankens, der sehr wohl oder viel besser noch, von einem "Zivilisten" formuliert und verkauft werden kann, gleichgeschaltet. Dies verdeutlicht einmal mehr, dass wir es im Irak nicht primär mit einem militärischen und auch nicht in erster Linie mit einem strategischen Problem zu tun haben, sondern mit einem zutiefst politischen.

Ist der hierbei eingeschlagene Lösungsweg zielführend? Das kann man einerseits nur hoffen. Politikwissenschaftlich, strategietheoretisch und historisch betrachtet, ist es jedoch wahrscheinlicher, vom Gegenteil auszugehen. Die Lösung einer höchst komplexen politischen Herausforderung mit primär militärischen Mitteln kehrt nicht nur den Primat des Politischen in sein Gegenteil und konfrontiert die Streitkräfte mit einer kaum erfüllbaren Aufgabe, sondern findet auch in der Historie kaum eine erfolgversprechende Parallele.

Kultur des Krieges?

Das einseitig auf kriegerische Tugenden ausgerichtete Sparta unterlag letztendlich dem politisch überlegenen Athen. Mit Blick auf das römische Imperium, welches zunehmend häufiger als Vergleichsmaßstab für das heutige Amerika herangezogen wird, könnte man jedoch einwenden, dass dieses in starkem Maße auf der Kampfkraft seiner Legionen fußte. Hier gilt es jedoch zwei Faktoren zu bedenken: Zum einen stand Rom nicht unter einem Opfer- und Legitimitätsdilemma hinsichtlich der Anwendung mili-

tärischer Gewalt. Zum zweiten konnte Rom zwar mangelndes Genie seiner militärischen Führer teilweise durch die Kampfkraft der Legionen ausgleichen, betrachtete letztere jedoch nicht als Ersatz für politische Klugheit und Weitsicht.

Aber gibt es möglicherweise nicht doch einen übergeordneten Leitgedanken, der das Handeln Amerikas im Gesamtkontext logisch, konsequent und sinnvoll erscheinen lässt? Ein Hinweis in dieser Richtung kann der aktuellen kriegstheoretischen Debatte, insbesondere in der angelsächsischen Welt, entnommen werden. Hierbei wird Krieg, vgl. van Creveld oder Keegan, zunehmend als ein kulturelles Phänomen wahrgenommen und beschrieben, welches nicht mehr im Clausewitz'schen Sinne primär einem politischen Zweck dient oder dienen soll, sondern in hohem Maße um seiner selbst Willen besteht. Der Krieg an und für sich als Selbstzweck losgelöst von einer übergeordneten politischen Zwecksetzung! Der Krieg um des Krieges und allenfalls einer aus dem Kriegertum resultierenden Identität willen! Ist es das, was dem amerikanischen Präsidenten vorschwebt?

Oder ist es möglicherweise ein daran angelehnter Gedanke, der sich in den Formulierungen "*entscheidende ideologische Auseinandersetzung unserer Zeit*" oder "*Testen des Charakters einer Nation*" andeutet? Wird der Krieg etwa als "Erziehungsmittel" für den Charakter des amerikanischen Volkes betrachtet, womit wir erneut bei Ludendorff wären? Oder geht es schlicht und ergreifend um die Erkenntnis, dass die Kräfte und Möglichkeiten Amerikas nur über ein entsprechendes Feindbild und in einer Auseinandersetzung des "Guten mit dem Bösen" zu entfesseln und in entsprechende Bahnen zu lenken sind? Die längst gängigen Wortschöpfungen wie "Achse des Bösen", "Krieg gegen den Terror" deuten schon seit langem genau in diese Richtung.

Militärische Handlungsfähigkeit

Wie dem auch sei, fest steht, dass es dem amerikanischen Präsidenten in Verbindung mit den Anschlägen von 09/11 gelungen ist, Amerika ein Stück weit "heroischer" zu gestalten und damit trotz weiterhin bestehendem "Opfer- und Legitimitätsdilemma" seine militärische Handlungsfähigkeit als Demokratie, jedenfalls was die reine Fähigkeit zum Kriegführen anbelangt, ein Stück weit zu steigern. Gleichzeitig offenbart die Intervention im Irak schonungslos die Grenzen amerikanischer Machtausübung und verdeutlicht darüber hinaus die Grenzen des militärisch Machbaren. Amerika ist trotz aller Macht und Größe weit davon entfernt die Welt beherrschen oder nach Gutdünken gestalten zu können. Die positive und nachhaltige Bestimmung der inneren Angelegenheiten selbst eines drittklassigen Akteurs wie des Irak übersteigt die Fähigkeiten Amerikas bei weitem. Die Gestaltungsmacht der einzig verbleibenden Supermacht wird durch einfache und kostengünstige Methoden asymmetrischer Kriegführung in starkem Maße konterkariert. Die Fähigkeit zur Aufstandsbekämpfung ist heute in Relation zu den Handlungsoptionen von Guerillas und Terroristen nicht weiter entwickelt als zu Zeiten des Vietnamkrieges, in welchem sich die USA letztmalig auf eine langwierige, asymmetrische Bodenoperation größeren Ausmaßes eingelassen hatten. Dieses Zeugnis eigenen Unvermögens wird nicht ohne Signalwirkung bleiben und es stellt sich die Frage, inwiefern die graduell gesteigerte Bereitschaft und Fähigkeit zum reinen Kämpfen diese politische Signalwirkung auszugleichen vermag. Dies ist die sicherheits- und militärpolitische Implikation, die es zur Kenntnis zu nehmen gilt. Eine ethisch / moralische Bewertung dieser Entwicklung ist davon unbenommen.

Wie ist dementsprechend das derzeitige Handeln der US-Administration in Bezug auf den Irak zu bewerten? Handelt es sich um kluge Berechnung, möglicherweise mit Variablen, die der Öffentlichkeit z.T. nicht zugäng-

lich sind, oder die sie nicht versteht? Oder ist es, ähnlich wie für den Bergsteiger auf halber Höhe, die einzige Möglichkeit, die ihr verbleibt, um nicht sofort abzustürzen und wenigstens die Hoffnung auf einen "Gipfelsieg" noch eine zeitlang aufrecht erhalten zu können? Wenn dem so ist, so könnte man ihr Handeln jedenfalls in dieser Situation als konsequent und folgerichtig betrachten.

Tragik: Selbstverschuldeter Legitimitätsverlust

Zur wirklichen Tragödie gerät die gesamte Situation erst dann, wenn man in Rechnung stellt, dass die amerikanische Regierung trotz bestem Willen, sich selbst ohne Notwendigkeit und durch aktives eigenes Handeln in diese haltlose Lage hineinmanövriert hat. Und das bei einer mit hoher Wahrscheinlichkeit bereits ex ante absehbaren Entwicklungsdynamik. Ohne mit Barbara Tuchman von den "Torheiten der Regierenden sprechen zu wollen" stellt sich natürlich die Frage, wie es dazu kommen konnte? War es eine unzutreffende Beurteilung der Lage und Stimmung in der islamischen Welt im Allgemeinen oder im Irak im Besonderen? War es ein gutgemeinter aber unrealistischer Idealismus oder schlicht hemdsärmelige Selbstüberschätzung, in Verbindung mit einer unzureichenden Kenntnis dessen, was mit dem eigenen überwiegend militärischen Instrumentarium zu leisten ist und was nicht?

Tragisch ist vor allem der Verlust an Legitimität, den Amerika mit seinem Krieg im Irak bisher erleiden musste. Tragisch vor allem deshalb, weil eine Weltordnungsmacht dringender denn je benötigt wird, um weltweiten Fehlentwicklungen der vielfältigsten Art auch aktiv entgegen treten zu können. Es ist zu hoffen, dass Amerika seinen moralisch / legitimativen Kulminationspunkt nicht überschreitet, noch bevor es den seiner militärischen Handlungsfähigkeit erreicht hat.

Für einen – hoffentlich nicht so bald oder am besten gar nicht erforderlichen – nächsten Krieg Amerikas, könnte ein Blick auf die Erkenntnisse des chinesischen

Kriegerphilosophen Sun Tsu hilfreich sein, der in diesem Zusammenhang ausführte:

"Wenn dein strategisches Denken nicht tiefgründig und weitreichend ist, dann ist das, was du aus deinen Überlegungen gewinnst, nur wenig, und du wirst verlieren, bevor du dich überhaupt auf eine Auseinandersetzung eingelassen hast. Deshalb heißt es, dass siegreiche Krieger zuerst gewinnen und dann erst in den Krieg ziehen, während unterlegene Krieger zuerst in den Krieg ziehen und dann versuchen zu gewinnen."

Major Johann Schmid, Berlin

Major Johann Schmid ist Studienstabsoffizier im Dezernat für Sicherheitspolitik und Militärstrategie des Zentrums für Transformation der Bundeswehr in Berlin. Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

THEMEN

Tourismus und Terrorismus

Eine Analyse der Bedrohungslage

Die Gefahr weltweiter Terroranschläge ist seit dem 11. September 2001 weiter gestiegen. Nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung vom vergangenen Jahr hat sich in den letzten fünf Jahren die Zahl der Terroranschläge von 700 pro Jahr auf 2.200 pro Jahr erhöht.

Mit islamistisch motivierten Terrorangriffen, deren Urheberschaft dem Terrornetzwerk Al-Qaida oder kooperierenden Gruppierungen zugeschrieben wird, ist deshalb auch im Jahre 2007 und in den Folgejahren zu rechnen – zu Hause und auf Reisen.

Diese Entwicklung nahm einen weltweit sichtbaren, spektakulären Anfang mit den Anschlägen vom 11. September 2001. Am 11. September 2001 um 8 Uhr 45 Ortszeit raste Flug 011 der American Airlines in den Nordturm des

World Trade Centers. 18 Minuten später bohrte sich Flug 175 der United Airlines in den Südturm der Twin Towers und explodierte. Beide Türme gerieten in Brand und stürzten später in sich zusammen. 3.000 Menschen fanden den Tod, und das Symbol amerikanischer Wirtschaftsmacht existierte nicht mehr. Damit jedoch nicht genug: um 9 Uhr 43 flog eine Boeing 757 der United Airlines in den Südflügel des Pentagon, in das Symbol militärischer Macht der USA, und um 10 Uhr 10 stürzte eine Boeing 757 der United Airlines in Pennsylvania ab.

Alle Maschinen wurden von den Terroristen fast zeitgleich auf Inlandsflügen in den USA entführt und als fliegende Bomben eingesetzt. Die Weltmacht Nr. 1 wurde durch diese Angriffe mitten ins Herz getroffen, und Präsident Bush rief weltweit zum Krieg gegen den Terrorismus auf.

Die Spuren der Attentäter führten nach Afghanistan und zu islamistischen Zellen in Europa und in andere Teile der Welt. Deutschland stand plötzlich im Fokus der Ermittler, denn in Hamburg hatten die Attentäter viele Jahre völlig unauffällig gelebt. Geplant wurden die Anschläge allerdings in den Verstecken der Al-Qaida in Afghanistan. Chalid Scheich Mohammed spielte dabei eine wichtige Rolle. Sein Verbindungsmann zu den Terroristen in Hamburg war der Cheflogistiker Ramzi Binalshibh.

Die US-Luftwaffe flog zahlreiche Angriffe gegen Ausbildungslager und Verstecke der Al-Qaida, und das Taliban-Regime wurde in Afghanistan gestürzt. Osama bin-Laden und sein Stellvertreter al-Sawahiri konnten allerdings bis heute nicht gefasst werden. Es wird vermutet, dass sie sich im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet aufhalten. Zahlreiche Gefolgsleute Osama bin-Ladens konnten in den Folgejahren gefasst werden oder kamen bei Kampfhandlungen ums Leben. Zu den in Pakistan Anfang März 2003 Verhafteten zählte auch Chalid Scheich Mohammed sowie Ramzi Binalshibh, der im Jahr 2002 festgenommen worden war.

Beide gehören zu den mutmaßlichen Chefplanern des 11. Septembers.

Mitte März 2007 legte Chalid Scheich Mohammed vor einem US-Militärtribunal in Guantanamo ein umfassendes Geständnis ab. Er übernahm dabei nicht nur die Verantwortung für die Anschläge vom 11. September 2001, sondern auch für 30 weitere Terrorangriffe oder Attentatsversuche. Dazu zählen unter anderem der Bombenanschlag auf das World Trade Center in New York 1993, der vereitelte Anschlag des so genannten Schuhbombers Richard Reid, der ein Flugzeug im Dezember 2001 in die Luft sprengen wollte und der Anschlag auf Bali im Jahre 2002. Ramsi Binalshibh und der mutmaßliche Al-Qaida Funktionär Abu Faraj al-Libbi weigerten sich, vor das Tribunal zu treten.

Wichtigster Mann im islamistischen Hamburger Netzwerk war der aus Ägypten stammende Mohammed Atta. Er kam 1992 nach Deutschland und indoktrinierte die späteren Attentäter. Er selbst steuerte die erste Maschine in den Nordturm des World Trade Centers; Marwan al-Shehhi, der aus den Vereinigten Arabischen Emiraten stammte, flog die zweite Maschine in den Südturm.

Der Libanese Ziad Jarrah kam 1996 nach Deutschland. Er befand sich in der Maschine, die in Pennsylvania vorzeitig zum Absturz gebracht wurde. Ramzi Binalshibh, der zweite Mann hinter Atta, sollte ursprünglich auch eine Pilotenausbildung in den USA absolvieren. Er erhielt jedoch kein Einreisevisum in die USA und fungierte deshalb in Hamburg als Finanzverwalter.

Weitere Mitglieder des Hamburger Netzwerkes waren Said Bahaji und Zakariya Essabar. Beide verließen vor dem 11. September 2001 Hamburg und werden nach wie vor mit internationalem Haftbefehl gesucht. Auch Mounir el-Motassadeq soll der Hamburger Zelle angehört haben und Finanzangelegenheiten für die Terroristen geregelt, Attas Testament unterschrieben und eine Schieß-

ausbildung in einem Camp in Afghanistan absolviert haben.

Welche Auswirkungen hatten nun die Anschläge vom 11. September 2001?

- Rein physische Schäden in New York und Washington für Unternehmen: etwa 14 Mrd. US-Dollar;
- Aufräumarbeiten: ca. 11 Mrd. US-Dollar;
- Rückgang des US-Wirtschaftswachstums von 3,27% auf nur noch 0,8% im Jahr 2001;
- Verlust von rund 200.000 Arbeitsplätzen in der Luftfahrtindustrie;
- Verluste der US-Fluglinien: rund 650 Mio. US-Dollar;
- Starke Kurseinbrüche (Continental Airlines: -49,41%, Delta: -44,59%)
- Einbrüche in der Tourismusindustrie: Naher und Mittlerer Osten: -30%, Ägypten sogar -50%;
- Versicherungsschäden: >20 Mrd. US-Dollar;
- Kontinuierliche Steigerung des US-Verteidigungsbudgets auf 513 Mrd. US-Dollar im Jahre 2007.

Wenngleich die Organisation al-Qaida in Afghanistan erheblich geschwächt werden konnte, lebt der internationale islamistische Dschihad weiter, was die Terroranschläge in den folgenden Jahren dokumentieren.

Der Anschlag auf Bali (2002)

In Indonesien haben in den letzten Jahren mehrere, teils sehr schwere Terroranschläge mit islamistischem Hintergrund stattgefunden.

Die wohl bekannteste Terrorgruppe, die in ganz Südostasien präsent ist, ist die Jemmaah Islamiyah (Islamische Gemeinschaft). Ihr Ziel ist es, in Südostasien einen islamischen Staat zu schaffen, der neben Indonesien, Malaysia, Singapur und Brunei auch den südlichen Teil der Philippinen umfassen soll. International bekannt wurde die Terrorgruppe durch ihren Anschlag am 12. Oktober 2002 vor einer Discothek in Kuta Beach auf Bali, bei dem 202

Menschen ums Leben kamen. Als Hauptfinanzier soll der Deutsch-Ägypter Reda Seyam fungiert haben. Er wurde im Sommer 2002 in Jakarta verhaftet, wurde aber nur wegen Visa-Vergehen für zehn Monate inhaftiert. Bei ihm sollen Gehaltslisten von Terroristen gefunden worden sein.

Einer Dokumentation der ARD am 26. Februar 2007 mit dem Titel "Der Gotteskrieger und seine Frau" war zu entnehmen, dass Reda Seyam mitten unter uns weilt. Von seiner deutschen Frau ist er geschieden und lebt mit seiner albanischen Frau und seinen Kindern in Berlin.

Im November 2002 nahm die indonesische Polizei Imam Samudra (35) fest, mutmaßlicher Drahtzieher des Anschlags auf Bali. Samudra gilt als Verbindungsmann der al-Qaida in Südostasien. So unterhielt er auch Kontakte zum Chef des militärischen Arms der Jemmaah Islamiyah, Hambali, der in Thailand verhaftet werden konnte. Samudra wurde als wichtigster Hintermann des Bali-Attentates im September 2005 zum Tode verurteilt.

Fast ein Jahr später wurde in einem Prozess in Jakarta, Amrozi bin-Nurhasyim (41) vom Gericht zum Tode verurteilt. Er hatte gestanden, das Tatfahrzeug und den Sprengstoff gekauft und vor die Nachtclubs in Kuta gefahren zu haben. Der lächelnde Angeklagte sagte, er bereue lediglich, dass bei der Explosion vor allem Australier und nicht Amerikaner ums Leben kamen.

Die Auswirkungen dieses Terroranschlages machten sich in dem für Indonesien so wichtigen Tourismussektor rasch bemerkbar. 2002 betrugen die Einnahmen aus dem Tourismusgeschäft, auf das Gesamtjahr gerechnet, etwa 4,3 Mrd. US-Dollar. Dies ist ein Rückgang um 20% im Vergleich zum Vorjahr. Negative Auswirkungen hatten die Anschläge auch auf den Flugverkehr, da zahlreiche Reisen nach Indonesien storniert wurden. Auch der indonesische Aktienmarkt wurde in Mitleidenschaft gezogen. So

kam es am Tage nach dem Anschlag zu Kursverlusten von 10%.

Anschlag auf das Marriott Hotel in Jakarta (2003)

Am 5. August 2003 fand in der indonesischen Hauptstadt Jakarta ein Anschlag auf das amerikanische Marriott Hotel statt. Die in einem Kleintransporter versteckte Autobombe tötete 12 Menschen, einschließlich des Fahrers. 149 Menschen wurden verletzt. Das im Zentrum der Stadt gelegene Marriott ist beliebter Treffpunkt für ausländische Diplomaten und Geschäftsleute.

Die Explosion zerstörte die Lobby des Hotels und umliegende Gebäude schwer. Mehrere Fahrzeuge gerieten in Brand. Für den Anschlag wurde die Jemaah Islamiyah verantwortlich gemacht. Im August 2004 verurteilte ein Gericht einige am Attentat beteiligte Personen zu mehrjährigen Haftstrafen.

Nur fünf Wochen nach dem Anschlag eröffnete das Marriott Hotel wieder seine Pforten. Die Marriott-Gruppe zählt zu den Hotels, die viel Geld in die Sicherheit ihrer Hotels investiert haben. Dies u.a. aus zwei Gründen: Erstens möchte man möglichen Klagen im Falle eines Terroranschlages aus dem Wege gehen und zweitens das Image der Hotel-Gruppe erhöhen, die ihren Gästen ein hohes Maß an Sicherheit gewähren will.

Gravierende Auswirkungen auf die Tourismus-Industrie in Indonesien hatte dieser Anschlag nicht.

Die Anschläge von Madrid 2004 und London 2005

Am **11. März 2004** zündeten islamistische Terroristen in Nahverkehrszügen in der spanischen Hauptstadt Madrid über Funk fast gleichzeitig zehn Bomben. Bei den Anschlägen starben fast 200 Menschen, 251 wurden verletzt, davon 82 schwer.

Am 3. April 2004 umstellte eine spanische Spezialeinheit der Polizei in einem Vorort von Madrid den Schlupfwinkel der Terroristen. Sieben mutmaßliche Terroristen sprengten sich daraufhin in

die Luft. Darunter auch der mutmaßliche Rädelsführer Sarhane ben-Abdelmajid. Spuren nach den Tätern führten die Fahnder auch nach Marokko, und die spanische Polizei gab bekannt, dass sie nach mindestens 20 Marokkanern fahnde, die der radikal-islamischen Organisation namens "Islamische Kampfgruppe Marokkos" (GICM) angehörten.

Gegen 29 Verdächtige begann am 15. Februar 2007 in Madrid der Prozess. Sieben Angeklagten wird Mord sowie Mitgliedschaft in einer terroristischen Gruppe vorgeworfen.

Signifikant im spanischen Dschihad-Netzwerk ist die Tatsache, dass es zunehmend zu einer Mischung von Nationalitäten kam, vorwiegend von Marokkanern und Algeriern und dass die Mehrheit der Gruppenmitglieder erst nach längerem Aufenthalt in Spanien für den radikalen Dschihad rekrutiert wurden. Ziel der Attentäter war offensichtlich, eine hohe Opferzahl und breite Medienaufmerksamkeit zu erwirken sowie politischen Druck auf die spanische Regierung auszuüben. Begründet wurde das Attentat mit der Stationierung spanischer Truppen im Irak.

Am **7. Juli 2005** ereigneten sich während der Londoner Rush-hour vier Bombenanschläge, drei in U-Bahn-Zügen und einer in einem Doppeldecker-Bus. Ausgelöst wurden die Explosionen durch so genannte Rucksack-Bomber. Bei den Attentaten wurden 56 Menschen getötet, einschließlich der vier Selbstmordattentäter. Über 700 Menschen wurden teilweise schwer verletzt.

Drei der vier Täter waren Briten und kamen aus der Gegend um die Industriestadt Leeds, der vierte hatte jamaikanische Wurzeln und war zum Islam konvertiert. Für die britischen Sicherheitsbehörden realisierten sich mit dem Anschlag vom 7. Juli 2005 Lageeinschätzungen, wonach junge Männer aus der 1,6 Millionen großen muslimischen Bevölkerung Selbstmordattentate in Großbritannien durchführen könnten, in dem Land, in dem sie geboren und aufgewachsen waren.

Scotland Yard gelang es aber auch, Terrorzellen zu infiltrieren. So wurden am 10. August 2006 21 militante Islamisten verhaftet, die planten, neun Flugzeuge mit Flüssigkeitssprengstoff auf ihrem Flug von Großbritannien in die USA in die Luft zu sprengen. Bei den Terroristen handelte es sich um britische Staatsbürger pakisthanischer Abstammung.

Angetrieben wird der militante Islam durch zahlreiche anti-amerikanische und anti-westliche Gruppierungen, die die vorhandenen Ressentiments fördern. Dies wiederum hilft Al-Qaida, auf ein stetig wachsendes Potential radikaler Islamisten zurückgreifen und diese für Terroranschläge rekrutieren zu können.

Die Anschläge von Madrid und London waren für einige Branchen durchaus spürbar, zum Beispiel für den Nahverkehr und die Sicherheitsbranche. Auf das Wirtschaftswachstum in beiden Ländern hatten die Anschläge jedoch keine Auswirkungen.

Von den zahlreichen Anschlägen, die sich weltweit in den Jahren 2004 bis 2007 ereigneten, sollen im folgenden gegen Hotels gerichtete herausgehoben werden.

Bei Bombenanschlägen auf israelische Feriendomizile in Ägypten kamen am **7. Oktober 2004** 34 Menschen ums Leben, über 120 wurden verletzt. Zwei Bomben explodierten im ägyptischen Taba im Hilton Hotel, zwei kleinere auf einem Campingplatz in der Nähe von Nuweiba. Zu der Tat bekannten sich gleich drei Islamstengruppen. Eine erklärte, sie wolle sich für die Tötung des Hamas-Führers, Scheich Achmed Jassin, durch Israel im März 2004 rächen.

Zum Tathergang im Einzelnen: Ein Attentäter war mit einem Fahrzeug, das mit 200 Kg Sprengstoff beladen war, in die Lobby des Hilton Hotels gerast und hatte sich in die Luft gesprengt. Ein Flügel des Hotels mit zehn Stockwerken stürzte ein. Unmittelbar nach der großen Explosion jagte sich ein weiterer Selbstmordattentäter nahe des

Schwimmbeckens des Hotels in die Luft.

Bei den Anschlägen in Ras Shitan wurden bei Selbstmordanschlägen zwei Kleintransporter verwendet. 17 Israelis kamen dabei ums Leben.

Am **23. Juli 2005** kam es im ägyptischen Badeort Sharm-el-Sheik zu mehreren Anschlägen. So war ein Selbstmordattentäter nachts mit einem Auto in die Lobby des Garden Hotels gerast. Dabei riss er mehrere Menschen mit in den Tod.

Ferner wurde eine Bombe auf einem Marktplatz gezündet. Eine weitere detonierte vor dem Hard Rock Cafe. Bei diesen Anschlägen starben 90 Menschen, über 200 wurden verwundet. Drei verschiedene islamistische Gruppen in Ägypten gaben vor, Verursacher der Anschläge zu sein.

Am **9. November 2005** fanden in Amman/Jordanien drei Terrorangriffe auf Hotels statt. Zwei Selbstmordattentäter war es gelungen, sich im Radisson SAS Hotel bis hin in den Ballsaal zu bewegen, in dem gerade eine Hochzeit mit etwa 300 jordanischen und palästinensischen Gästen gefeiert wurde. Der Ehefrau des Attentäters gelang es jedoch nicht, ihren Sprengstoffgürtel zu zünden. Ihr Ehemann wies sie an, den Saal zu verlassen. Kurze Zeit später ging im Ballsaal das Licht aus. Der Attentäter sprang auf einen Tisch und sprengte sich in die Luft. Bei der Explosion starben 30 Menschen.

Der zweite Anschlag fand im Grand Hyatt statt. Nachdem der Attentäter einen Orangensaft im Café des Hotels getrunken hatte, verließ er dieses. Kurze Zeit später zündete er in der Lobby Bar seinen Sprengsatz. Neun Menschen riss der Attentäter dabei mit in den Tod.

Der dritte Anschlag richtete sich gegen das Hotel Days Inn. Nachdem der Attentäter das Restaurant des Hotels im Erdgeschoss betreten hatte, wollte er seinen Sprengstoffgürtel zünden, hatte damit aber Schwierigkeiten. Ein Kellner beobachtete dies und

alarmierte Sicherheitspersonal. Der Attentäter rannte aus dem Hotel und zündete den Sprengsatz. Dabei fanden drei Mitglieder einer chinesischen Militärdelegation den Tod.

Nach jordanischen Angaben kamen bei den drei Anschlägen 59 Personen ums Leben, 115 wurden verletzt.

Jordanische Sicherheitskreise erklärten, dass die Selbstmordattentäter aus dem Irak stammten, drei Tage vor dem Attentat nach Jordanien eingereist waren und zur Sarkawi-Gruppe gehörten.

Am **26. Januar 2007** versuchte ein Selbstmordattentäter sich über einen Nebeneingang Zugang zum Fünf-Sterne Marriott Hotel in Islamabad zu verschaffen. Ein Sicherheitsbediensteter verwehrte ihm den Zugang, so dass sich der Attentäter in die Luft sprengte. Dabei kam auch der Sicherheitsbeamte ums Leben; mindestens sechs weitere Personen wurden verletzt. Der Selbstmordattentäter gehörte vermutlich zu einer Terrorzelle in Pakistan, die über Expertise im Bombenbau verfügt.

Aufgrund der guten Sicherheitsmaßnahmen gelang es dem Attentäter jedoch nicht, sich Zugang zur Lobby oder anderen Räumlichkeiten zu verschaffen. Das Marriott Hotel in Islamabad ist auch beliebter Anlaufpunkt für westliche Reisende. So übernachtete einer meiner Bekannten nur kurze Zeit vor diesem Anschlag in diesem Hotel. Er berichtete von guten Sicherheitsmaßnahmen.

Will man z.B. in die Tiefgarage des Hotels einfahren, finden verschärfte Sicherheitsmaßnahmen statt. Man muss aussteigen, Motorhaube und Kofferraum öffnen, mit Spiegeln wird das Wagenunterteil auf möglicherweise angebrachte Bomben abgesehen. Zusätzlich erfolgt eine intensive Personenkontrolle. Gleich zwei Schranken verhindern, dass man auch mit erhöhter Geschwindigkeit diese durchbrechen und in die Tiefgarage einfahren könnte. Beim Einchecken ins Hotel wird

übrigens das gesamte Gepäck durchleuchtet.

Bereits im Oktober 2004 waren bei einer Explosion im Marriott Islamabad sieben Menschen verletzt worden, unter ihnen zwei Ausländer. Die Regierung vermutete damals, dass ein Unfall die Explosion ausgelöst hätte. Diplomaten gingen hingegen von einem Terroranschlag aus.

Bedrohung von Kreuzfahrtschiffen

Lassen Sie mich kurz auch auf die Bedrohung "Schwimmender Hotels", auf die Bedrohung von Kreuzfahrtschiffen eingehen.

Erinnern wir uns an Oktober 1985, als vier Mitglieder der "Palästinensischen Freiheitsbewegung" die Achille Lauro vor der Küste Ägyptens in ihre Gewalt brachten und Leon Klinghofer, einen Amerikaner, ermordeten.

Erinnern wir uns an Januar 2000, als Mitglieder der Al-Qaida einen nicht erfolgreichen Angriff – das Boot sank, da es mit Sprengstoff überladen war – gegen die USS The Sullivans in Aden durchführten; im Oktober des gleichen Jahres fand allerdings ein erfolgreicher Angriff in Aden auf die USS Cole statt, bei dem 17 amerikanische Seeleute ums Leben kamen und 39 schwer verletzt wurden. Und was gegen Kriegsschiffe möglich ist, ist natürlich noch leichter gegen die Zivilschiffahrt möglich.

Im Oktober 2002 wurde der französische Öltanker Limburg angegriffen. Dabei wurde ein Besatzungsmitglied getötet. Mehr als 90.000 Tonnen Öl ergossen sich in den Golf von Aden.

Im Juni 2002 gelang es dem marokkanischen Geheimdienst, Mitglieder der Al-Qaida zu verhaften, die Anschläge auf britische und US-Schiffe in der Straße von Gibraltar planten. Als der Geheimdienst Singapurs vor einigen Jahren eine Zelle der Jemmah Islamiyah enttarnte, wurde aus der Befragung deutlich, dass diese ebenfalls Angriffe auf US-Schiffe in Asien planten.

Und als der israelische Sicherheitsdienst Shin Bet im August 2005 vier israelische Kreuzfahrtschiffe, die die Türkei anlaufen wollten, warnte und nach Zypern umdirigierte, lagen dieser Entscheidung konkrete Hinweise aus der Türkei auf einen geplanten terroristischen Angriff zugrunde.

Am 5. November 2005 nahmen sechs schwer bewaffnete Piraten 75 NM vor der Ostküste Somalias von zwei Schnellbooten aus das amerikanische Kreuzfahrtschiff The Seabourne Spirit mit Granatwerfern und Maschinengewehren unter Beschuss.

Der Kapitän versuchte, eines der Boote zu rammen und führte dann mit voller Schiffskraft ein Ausweichmanöver durch. Ferner setzte er ein Long Range Acoustic Device (LRAD) ein, das höllisch laute Lärmwellen aussendet und bei Angreifern große Schmerzen, bis hin zum Gehörverlust, bewirkt. Die Piraten brachen daraufhin ihren Angriff ab.

Diese Beispiele unterstreichen, dass kriminelle oder terroristische Angriffe auf See keine Fiktion, sondern Realität sind.

Die Bedrohungslage in Deutschland

Bereits im Januar 2006 warnte Innenminister Wolfgang Schäuble in einem Interview mit der *Welt am Sonntag* vor Terroranschlägen mit so genannten "schmutzigen Bomben". Die Frage sei nicht mehr, ob es einen Anschlag mit einer Dirty Bomb geben werde, sondern die Frage sei, wann und wo dies geschehen werde.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz geht von einer erheblichen Bedrohung durch islamistische Terroristen für Westeuropa aus. Das Terrornetzwerk Al-Qaida sei zwar bei weitem nicht mehr in dem Maße aktionsfähig wie vor den Anschlägen vom 11. September 2001, so Heinz Fromm, Präsident des BfV. Eine wesentliche Gefahr gehe jedoch von Gruppen aus, die unabhängig vom Al-Qaida Netzwerk operierten.

Dass der Terrorismus Deutschland erreicht hat, zeigen auch Er-

kenntnisse des Bundeskriminalamtes (BKA). So entgingen die Fahrgäste zweier Regionalzüge nach Hamm und Koblenz am 31. Juli 2006 nur knapp einem Terroranschlag. Nur ein handwerklicher Fehler verhinderte, dass die Ladungen explodierten. Das BKA testete derartige Ladungen. Im Falle einer Detonation hätte es sehr viele Tote und Verletzte gegeben. Leider muss man davon ausgehen, dass sich solche Anschläge wiederholen werden.

Auch die Ankündigungen von Islamisten im Internet Mitte März 2007, sie würden Angriffe in Deutschland durchführen, falls sich die Bundeswehr nicht aus Afghanistan zurückzöge, müssen ernst genommen werden.

Der Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes, Ernst Uhlau, stellte am 2. April 2007 in einem Interview mit dem *Spiegel* fest: *"Deutschland war und ist Teil eines gemeinsamen Gefahrenraumes in Europa. Der islamistische Terror ist als transnationales Netz ausgelegt. Er kann grundsätzlich überall und jederzeit zuschlagen, auch in und gegen Deutschland"*.

Die Bedrohungslage in Deutschland lässt sich aber auch noch an einer Zahl ablesen. Mit Sachstand Februar 2007 sind in Deutschland 219 Ermittlungsverfahren mit islamistischem Hintergrund anhängig.

In der Regel verfügen die Täter über keine direkten Kontakte zum Terrornetzwerk Al-Qaida, übernehmen jedoch dessen Ideologie. Dabei gewinnt das Internet für potenzielle Attentäter in zunehmendem Maße an Bedeutung und wirkt inspirierend.

Hatten die Ziele der Al-Qaida beim Terroranschlag in den USA am 11. September 2001 noch einen hohen Symbolwert, liegen die Ziele heute eher im Bereich ungesicherter oder wenig gesicherter Einrichtungen. Da Flughäfen immer besser überwacht werden, kann davon ausgegangen werden, dass sich potenzielle Terroristen vermehrt so genannte "weiche Ziele" aussuchen werden. Hierzu zählen auch Hotels. Dass

Terroristen aber auch weiterhin versuchen werden, Fähigkeiten zum Bau chemischer, biologischer, radiologischer oder nuklearer Waffen zu erlangen, sollte nicht aus den Augen verloren werden.

Anleitungen für den Bau von herkömmlichen Bomben lassen sich leicht dem Internet entnehmen, und die Sprengsätze werden im Eigenbau hergestellt. Geht man davon aus, dass die Planungen für die Anschläge in Washington und New York zwischen 300.000 und 500.000 US-Dollar kosteten, beliefen sich die Ausgaben für die geplanten Anschläge auf die Regionalzüge Hamm-Koblenz auf 200 Euro.

Sich auf die asymmetrische Kriegführung von Terroristen einzustellen, ist weltweit für alle Nachrichten- und Sicherheitsdienste eine besondere Herausforderung. In der Bundesrepublik Deutschland erkannte man, dass die Zusammenarbeit zwischen den Diensten und der Polizei verbessert werden musste. Aus diesem Grunde richtete man in Berlin Treptow ein "Gemeinsames Terrorismus-Abwehr-Zentrum" (GTAZ) ein. In diesem sind Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), des Bundesnachrichtendienstes (BND), des Militärischen Abschirmdienstes (MAD), des Bundeskriminalamtes (BKA), der 16 Landesämter für Verfassungsschutz, der Landeskriminalämter, des Zolls und der Bundespolizei vertreten. Die Konzentration von Expertise im Bereich der Terrorismusbekämpfung im GTAZ hat sich zweifelsohne positiv ausgewirkt, wenngleich die informellen Kontakte noch ausgebaut werden sollten.

Eine auf Erfolg zielende Terrorismusabwehr erforderte aber auch eine Umstrukturierung der Dienste, neue personelle und finanzielle Ressourcen, neue operative Ansätze und eine verbesserte Zusammenarbeit mit "Partnerdiensten". Mit der Einrichtung eines "Gemeinsamen Internet-Überwachungs-Zentrums" in Berlin, in dem die deutschen Nachrichten- und Sicherheitsdienste kooperieren, mit dem Aufbau ei-

nes "Gemeinsamen Analyse Strategie-Zentrums Illegale Migration", mit der Einrichtung einer Anti-Terror-Datei sowie mit der Schaffung eines europäischen Projekts namens "Check the Web", auf das alle Mitgliedstaaten der EU Zugang haben sollen, will man die Terrorismusbekämpfung weiter verbessern.

Blicken die deutschen Nachrichten- und Sicherheitsdienste einige Jahre zurück, so können sie durchaus auf Erfolge bei der Terrorismusbekämpfung verweisen. Dies kann an drei Beispielen verdeutlicht werden:

Am 10. März 2003 wurden Mitglieder der Meliani-Gruppe in Frankfurt zu hohen Haftstrafen verurteilt. Sie hatten geplant, um die Jahreswende 2000/2001 einen Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in Straßburg durchzuführen.

Am 26. Oktober 2005 verkündete das Oberlandesgericht in Düsseldorf das Urteil gegen 4 Mitglieder der terroristischen Vereinigung Al Tawid (Einheit Gottes). Diese hatten Anschläge auf jüdisch-israelische Ziele vorbereitet und ferner Kampfgenossen im Ausland mit falschen Papieren versorgt. Die Täter wurden zu Haftstrafen zwischen fünf und acht Jahren verurteilt.

Als Erfolg des Rechtsstaates kann auch das Urteil des Oberlandesgerichts München vom 12. Januar 2006 gegen den irakischen Kurden Mohammed Lokman gewertet werden. Dieser war Mitglied der Terrorgruppe Ansar al Islam. Lokman war in Deutschland Werber und Schleuser für angehende Kämpfer, die in den Irak entsandt werden sollten.

Deutschland, da sollten wir uns keinerlei Illusionen machen, steht im Fokus des internationalen Terrorismus, und es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch unser Land von einem gravierenden Terroranschlag heimgesucht werden wird.

Tourismus und Terrorismus

Das gilt für uns Deutsche im Land, die Geschäftspartner und Touristen, die Deutschland besu-

chen, aber auch für Deutsche, die ins Ausland reisen.

Statistiken der Deutschen Zentrale für Tourismus e.V. ist zu entnehmen, dass im Jahre 2006 842 Mio. (+4,5%) internationale Ankünfte registriert wurden. In Europa waren es 458 Mio. (+4%), in Asien/Pazifik 167 Mio. (+8%), in Amerika 136 Mio. (+2%) im Mittleren Osten 41 Mio. (+4%) und in Afrika 40 Mio. (+8%).

Deutschland verzeichnete im Jahre 2006 23,6 Mio. internationale Ankünfte, mit insgesamt 52,9 Mio. Übernachtungen. Mit 4,7 Mio. Übernachtungen im vergangenen Jahr waren die USA für Deutschland der wichtigste Überseemarkt. Knapp über 373.500 Gäste aus Israel übernachteten 2006 in Deutschland.

Touristen aus diesen beiden Staaten sind aus meiner Sicht besonders gefährdet und stehen im Fokus des internationalen Terrorismus, mit regional unterschiedlichen Ausprägungen.

Terroranschläge und Naturkatastrophen können die Reiselust der Deutschen nicht bremsen. Im Jahre 2006 unternahmen die Deutschen im Inland 212,5 Millionen Reisen; ins Ausland 74,5 Millionen. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Inlandsreisen um 3%, die Auslandsreisen reduzierten sich um 2%. Mit 17% rangierte Spanien an erster Stelle der beliebtesten Urlaubsziele der Deutschen, gefolgt von Österreich mit 15% und Italien mit 13%.

Sicherlich, einen hundertprozentigen Schutz vor Terroranschlägen gibt es nicht. Als Tourist kann man aber selbst Maßnahmen ergreifen, um das Risiko eines Terroranschlages zu minimieren. Das Schlüsselwort hierfür lautet Information, Information über die terroristische Gefährdungslage in Ländern, in die man gerne reisen möchte.

Wer auf die Webseite des Auswärtigen Amtes (AA) geht, findet dort aktuelle Sicherheitshinweise zu politischen Unruhen, Terror-/Reisewarnungen und Reiseempfehlungen. Die Länder sind von A-Z aufgelistet, und man braucht

nur noch das entsprechende Land anzuklicken. Das AA weist generell darauf hin, dass die weltweite Gefahr terroristischer Anschläge fortbesteht. Besonders hoch sei die Gefahr vor Anschlägen im Nahen- und Mittleren Osten, in Afghanistan, Indonesien und auch in Russland.

Darüber hinaus bestehe sie insbesondere in Regionen, in denen bereits in der Vergangenheit Terroranschläge verübt oder Terrororganisationen aufgedeckt wurden, in denen Terroristen über Rückhalt in der Bevölkerung verfügen oder in denen Attentate mangels effektiver Sicherheitsvorkehrungen vergleichsweise leicht verübt werden können. Eine Gefährdung sei jedoch auch anderswo nicht auszuschließen, etwa in den USA oder in den Mitgliedstaaten der EU.

Als vorrangige Ziele, so das AA weiter, würden weiterhin religiöse Versammlungsstätten, Regierungs- und Verwaltungsgebäude, Verkehrsinfrastruktur (einschließlich Luft-, Bahn- und Seeverkehr), Wirtschafts- und Tourismuszentren sowie Orte mit großen Menschenansammlungen gelten.

Diese Aussagen vor Augen, kann man als Tourist oder auch als Geschäftsreisender bei der Auswahl von Hotels mit Bedacht vorgehen. Gehört das Hotel z.B. zu einer amerikanischen oder israelischen Hotelkette, die besonders im Fadenkreuz von Terroristen stehen? Bietet mir ein kleineres Hotel vielleicht prinzipiell besseren Schutz als ein großes? Welche Sicherheitsstandards sind in dem gewählten Hotel, unter Berücksichtigung des Standortes, zu erwarten? In welcher Etage miete ich mich ein? Hier ist es ratsam, kein Zimmer zu wählen, das über dem 7. Stock liegt, da bei einem Terroranschlag und Brand z.B. die Evakuierung aus dem 23. Stock problematisch ist.

Ausblick

Die Deutschen werden sich in diesem Jahr in einer außergewöhnlich positiven Urlaubsstimmung 32 Milliarden Euro für ihr Reisevergnügen im In- und Ausland kosten lassen. Es werden wieder Millionen von Geschäfts-

reisenden und Touristen zu Gast in Deutschland erwartet.

Die weltweiten Reiseaktivitäten nehmen zu, ebenso terroristische Aktivitäten. Hatten die Ziele der Al-Qaida am 11. September 2001 in den USA noch einen hohen Symbolwert, suchen sich die Terroristen heute so genannte "weiche Ziele" aus. Zugleich versuchen Terroristen, in den Besitz von ABC-Waffen zu gelangen.

Deutschland, und da gibt es nicht den geringsten Zweifel, steht im Fokus des internationalen Terrorismus, und es ist nur eine Frage der Zeit, ehe es zu einem gravierenden Anschlag in unserem Lande kommen wird. Deshalb gilt auch und besonders im Zeichen des Terrorismus für den Staat, Staatenbünde und internationale Organisationen, wie auch jeden Einzelnen ein Leitgedanke, der das Nordatlantische Bündnis über viele Jahre begleitet und der westlichen Welt Frieden, Freiheit und Sicherheit gesichert hat:

Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit

Dr. Peter Roell, Berlin

Dr. Peter Roell ist Präsident des Instituts für Strategie-, Politik-, Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) in Berlin. Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

IMPRESSUM

Denkwürdigkeiten

Journal der
Politisch-Militärischen
Gesellschaft e.V.

Herausgeber
Der Vorstand der pmg

Redaktion
Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)
Tel.: 0173-5497942
E-Mail: info@pmg-ev.com
Webseite: www.pmg-ev.com

Die **Denkwürdigkeiten** erscheinen mehrfach jährlich nach den Veranstaltungen der pmg.

